

Die Pervertierung des Islam

Von Katajun Amirpur | 11.09.2020

Gewalt lässt sich mit islamischer Theologie nicht legitimieren – nur Bildung kann religiösen Analfabetismus und Extremismus bekämpfen.



"Die Terroristen der letzten Jahre hatten in den seltensten Fällen eine Anbindung an die Moscheegemeinden."

Was tun, um die Anschläge, die im Namen des Islam stattfinden, zu verhindern? Necla Kelek und Susanne Schröter erklären, der politische Islam müsse dazu gestoppt werden. Und Ahmad Mansour nimmt die islamische Theologie in die Pflicht, da seiner Ansicht nach, die Ideologie der Terroristen „komplett auf muslimischer Theologie fußt“. Letzteres sollte eigentlich widerlegt sein, seit sich im Jahre 2015 fast 200 Vertreter der islamischen Theologie und Gelehrsamkeit in einem Brief an den Islamischen Staat (IS) wandten.

Die Verfasser des Briefes vertreten größtenteils das konservative Spektrum des Islam und sind keine modernen Reformer oder islamischen Aufklärer. Stattdessen setzen sie sich innerhalb einer dezidiert orthodoxen Denkstruktur mit der Ideologie und den Koranbezügen des IS auseinander. Man kann sie dementsprechend nicht leicht als verwestlicht in eine bestimmte Ecke stellen; man kann ihnen auch nicht vorwerfen, ihnen würde die große Masse sowieso nicht zuhören, wie es meist mit den Reformern geschieht.

Unter den Autoren waren der Großmufti von Ägypten, Scheich Shawqi Allam, ebenso wie Scheich Ahmad Al-Kubaisi, der Gründer der Ulama-Vereinigung des Irak. Es fanden sich darunter Gelehrte aus dem Tschad über Nigeria bis Sudan und Pakistan. Den Brief verfasst haben sie mit dem offensichtlichen Bedürfnis der eindeutigen Positionierung der islamischen Theologie gegenüber den Terroristen. Wie sonst lässt sich erklären, dass islamische Gelehrte an Terroristen schreiben? Sie wenden sich explizit gegen die Behauptung, der IS würde umsetzen, was „im Koran geschrieben steht“, die sowohl von den Terroristen wie auch manchen Islamkritikern erhoben wird.

Um ihre Ansicht zu belegen, setzen sich die Autoren mit jenen Versen des Koran auseinander, die scheinbar Gewalt legitimieren: „Denen, die bekämpft werden, wurde es erlaubt [zu kämpfen], weil man ihnen Unrecht tat.“ (22:39) Meist sind es diese und ähnliche Verse der zweiten Sure, die Islamkritiker im Negativen, Dschihadisten im Positiven zitieren, um die angeblich dem Islam innewohnende Gewaltbereitschaft bzw. -notwendigkeit zu belegen.

Verse wie diese lassen Ahmad Mansour behaupten, der gewaltbereite Islam fuße auf der muslimischen Theologie. Doch tatsächlich beziehen die Verfasser des Briefes diese Verse ausschließlich auf ein bestimmtes Ereignis – weil sie nämlich den Offenbarungsanlass in die Interpretation mit einbezogen haben. Das ist die normale Vorgehensweise, so funktioniert Exegese in der islamischen Gelehrtensamkeit.

Die islamische Theologie besitzt genügend argumentative Ressourcen, um dem sogenannten Islamischen Staat bzw. dem Dschihadismus entgegenzutreten.

Folglich geht es in dem Vers nur um die folgende konkrete Situation: Im Jahre 630 marschierte der Prophet in Mekka ein, um die heidnischen Mekkaner zu bekämpfen und brach damit einen Friedensvertrag, den er selbst zwei Jahre zuvor geschlossen hatte. Sein Handeln bedurfte einer Legitimation, die der Vers liefert: Die Mekkaner durften bekämpft werden, weil sie sich zuvor an der Gemeinde des Propheten versündigt hatten. Sie hatten seine Anhänger vertrieben und ihn selbst töten wollen. Das also ist die Erklärung für den Vers, der Anlass für seine Offenbarung, bzw. um es Terminologie-sicherer auszudrücken: seine Herabsendung. Eine allgemeine Anweisung für alle Muslime zum Kampf gegen Andersgläubige oder Andersdenkende lässt sich aus dem Vers nicht ableiten.

Die Autoren des Briefes erklären deshalb auch: „Daher ist der Dschihad an das Fehlen von Sicherheit, das Berauben der Freiheit der Religion oder an den Betrug sowie das Vertreiben aus dem eigenen Land geknüpft. Diese Verse wurden offenbart, nachdem der Prophet [...] und seine Gefährten 13 Jahre lang Folter, Mord und Verfolgung durch die Hände der Götzendiener ausgesetzt gewesen waren. Es gibt keinen offensiven und aggressiven Dschihad, nur weil die Menschen einer anderen Religion angehören oder eine andere Meinung vertreten.“

Diese Lesart ist keineswegs modern oder westlich inspiriert. Denn hier wird eine Methode angewandt, die es bereits seit Jahrhunderten in den islamischen Wissenschaften gibt. Ein ganzer Zweig von ihr beschäftigt sich mit den besagten Anlässen für die Offenbarung. Schon immer ging man also von einer dialektischen Beziehung zwischen Text und Adressat aus und forschte nach dem Kontext, in den hinein ein Vers offenbart wurde, um seinen Sinn und seinen Wirkungsbereich besser verstehen zu können.

Ein Einzelfall wie jener, den der Vers beschreibt, kann dabei nicht als Präzedenzfall für andere, in der Sache ähnliche Situationen gelten. Zwar ist das islamische Recht wesentlich durch ein Denken in Präzedenzfällen bestimmt, aber, wie die Verfasser des Briefes formulieren: „Es ist nicht gestattet, einen bestimmten Vers des Koran auf eine Begebenheit zu beziehen, die 1400 Jahre nach seiner Offenbarung geschehen ist.“

Fest steht – und das hat der Brief seinerzeit ganz deutlich gezeigt: Die islamische Theologie besitzt genügend argumentative Ressourcen, um dem sogenannten Islamischen Staat bzw. dem Dschihadismus entgegenzutreten. Und sie distanziert sich grundsätzlich von ihm und der von ihm legitimierten Gewalt.

Natürlich hat der Terror etwas mit dem Islam zu tun, wenn die Täter ihren Mord mit den Worten Allahu akbar untermalen.

Recht hat Ahmad Mansour allerdings mit seiner Aussage, dass es nicht angehen könne, immer nur gebetsmühlenartig zu wiederholen, der Terror habe mit dem Islam nichts zu tun. Natürlich hat er etwas mit dem Islam zu tun, wenn die Täter ihren Mord mit den Worten Allahu akbar untermalen. Dass sie verblendet sind und keine Karikatur einen Mord rechtfertigt, ist davon unbenommen. Aber es ist Aufgabe unserer liberalen Gesellschaft, ihre Mitglieder zu lehren, dass sie den Islam pervertieren, wenn sie mit Gott auf den Lippen einen Mord begehen. Doch von wem genau sollen sie das lernen in unserer liberalen Gesellschaft? Wessen Aufgabe ist es, diese Werte zu vermitteln?

Die Terroristen der letzten Jahre hatten in den seltensten Fällen eine Anbindung an die Moscheegemeinden. Diese zu beschuldigen, sie würden zu wenig tun, ist also nicht sehr zielführend. Tatsächlich hatten die meisten nur wenig Ahnung vom Islam, sind also gerade nicht durch die Moscheegemeinden sozialisiert worden. Es wurde sogar nachgewiesen, dass viele von denen, die in den Flieger stiegen, um den IS in seinem Kampf zu unterstützen, sich vorher Islam für Anfänger bei Amazon bestellt hatten. Sie wussten nicht einmal, wie man betet. Das spricht nicht gerade für eine starke Verankerung in einer Moscheegemeinde.

Tatsächlich wurden sie eher bei „Imam Google“, wie man ihn im Islamsprech nennt, fündig, was ihre Fragen über den Islam angeht. Und hier bei islamistischen Predigern. Das Internet ist also weit eher der Ort, an dem junge Menschen radikalisiert werden, als die Gemeinde. Deshalb scheint mir die vordringlichste Aufgabe zu sein, dem religiösen Analphabetismus entgegenzuwirken, den wir allenthalben beobachten.

Die Bundesregierung hat hier wichtige Schritt unternommen, als sie den 2010 vom Wissenschaftsrat herausgegebenen Empfehlungen gefolgt ist, die Ausbildung in islamischer Theologie an deutschen Universitäten zu ermöglichen. Dort werden seit einigen Jahren junge Muslime und Musliminnen zu Lehrern ausgebildet, damit sie junge Menschen in ihrer Religion unterrichten können – und extremistischen Tendenzen mit Bildung entgegenwirken können. In den Schulen könnten dann solche Sätze des Korans wie die oben genannten erklärt werden, damit sie nicht von dschihadistischen Rattenfängern missbraucht werden, um junge Menschen in die Irre zu führen.

Das wäre meine Variante, wie man mit dem Problem umgehen sollte. Und sie scheint mir deutlich sinnvoller, als die Religion an sich zu stigmatisieren und zu behaupten, der Terror fuße auf ihrer Theologie, oder pauschal den sogenannten politischen Islam verantwortlich zu machen. Auch politischer Islam ist nicht per se gewaltbereit oder undemokratisch. Politischer Islam kann auch meinen, dass man eine aus dem Glauben gewonnene Motivation hat, sich in der Politik zu engagieren. Hier wäre es angebracht, wenn die Initiatoren des Aufrufs sich stärker an den in der Wissenschaft gebräuchlichen Begriffen orientieren würden.